

## Berliner Umschau

### Staatsbürgerprinzip

Berlin. (JTA.) Nach einem Telegramm aus Köln hat die Studentenschaft der westdeutschen Hochschulen auf dem Kreistag des Kreises 5, der am 12. Januar in Honnef abgehalten wurde, in ihrer überwiegenden Mehrheit die Forderung des Unterrichtsministers anerkannt. Auf der Tagung, zu der die Universitäten Bonn, Köln, Frankfurt, Münster, Marburg, die Technische Hochschule Aachen, die landwirtschaftliche Hochschule Bonn-Poppelsdorf, die philosophisch-theologische Hochschule Paderborn und die medizinische Akademie Düsseldorf ihre Vertreter entsandt hatten, erklärte der Kreisleiter Bitter (Köln), die Vertreter des Kreises 5 hätten einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sie entschlossen seien, die Satzungen im Sinne des Staatsbürgerprinzips abzuändern. Wenn die österreichische Studentenschaft auf die einseitige Ausgestaltung der Verfassung verzichtete und die deutsche Studentenschaft sich den Wünschen des Ministers fügte, dann stände der Bildung einer großdeutschen Studentenschaft auf kultureller Grundlage kein Hindernis mehr im Wege. Es wurde ein Antrag mit großer Mehrheit angenommen, der in schärfster Weise gegen die Bevormundung der Einzelstudentenschaften durch die Deutsche Studentenschaft Verwahrung einlegt. Dem Vorsitzenden der Studentenschaft, Thon, der aus Berlin eintraf, wurde mit aller Deutlichkeit erklärt, daß er alle Schritte unternehmen müßte, um den Konflikt beizulegen. Am Schlusse des Kreistages wurde mit großer Mehrheit folgende Entschliebung gefaßt:

„Die auf dem außerordentlichen Kreistag in Honnef versammelten, unterzeichneten Studentenschaftsvertreter halten die Forderung des preußischen Kultusministeriums, betreffend den Mitgliederkreis der Studentenschaft, für billig. Sie geben der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck, daß im Einvernehmen mit den staatlichen Stellen ein Weg gefunden wird, der die Zusammenarbeit aller deutschen Studentenschaften auf großdeutscher Kulturgrundlage sicherstellt.“

## FRITZ FLEISCHHAUER

Inhaber: Wilh. Dorrhauer  
Leipzig, Handeshof, Grimmische Straße 17

### Spezialhaus für sämtliche Damenschneiderei-Artikel

Durch gemeinsamen Einkauf mit 420 gleichartigen Geschäften: feste Qualität und billigste Preise!

### Ministerpräsident Braun und Professor Franz Oppenheimer — Zurückweisung einer Hetzpropaganda des Reichslandbundes

Berlin. Im sogenannten „Preußenverlag“ ist eine Broschüre unter dem Titel „Herr Ministerpräsident Braun: Wer ist Oppenheimer?“ erschienen, in der behauptet wird, daß die sozialdemokratische Landagitation durch die Juden finanziert und daher auch in deren Interesse betrieben werde. Der Verfasser, angeblich ein früherer Sozialdemokrat, beruft sich hierbei auf Äußerungen, die Ministerpräsident Braun in einer vertraulichen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses im Jahre 1920 getan haben soll. Danach soll der Ministerpräsident u. a. gesagt haben: „Auf dem Gebiete der Landagitation habe ich mich mit Herrn Oppenheimer in Verbindung gesetzt und durch ihn vier Millionen Mark aufgetrieben“. Der „Reichslandbund“ (Nr. 52 vom 29. Dezember 1926) meint hierzu dem Sinne nach, welcher Oppenheimer auch in Betracht kommen mag, er komme in erster Linie als Geldsammler in jüdischen Kreisen in Betracht, und es frage sich, „ob ein Mann, der von den Juden für bestimmte parteipolitische Zwecke die höchste Summen entgegennimmt, innerlich noch die Freiheit und Unabhängigkeit besitzen kann, die von einem preußischen Ministerpräsidenten auch im gegenwärtigen politischen System nun einmal erwartet werden“.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst“ mitteilt, handelt es sich um folgenden Sachverhalt:

Im Jahre 1920 kam der bekannte Nationalökonom Professor Dr. Franz Oppenheimer von der Frankfurter Universität zu dem damaligen Landwirtschaftsminister Braun und bat um Unterstützung seiner Siedlungsbestrebungen. Seine Siedlungsmethode geht dahin, geeignete Großbetriebe unter sachkundiger Leitung in Bewirtschaftung zu nehmen, die in der Wirtschaft tätigen Arbeiter am Ertrag zu beteiligen und im weiteren Verlauf der Bewirtschaftung aus dem Arbeiterstamm die geeigneten Leute unter Einlage ihrer Ersparnisse anzusiedeln, wobei ihnen das Stammgut über die ersten schwierigen Jahre der Eigenwirtschaft hinweghelfen sollte. Dem Minister schien diese Idee zweckmäßig und der Unterstützung wert, und er sagte darum Prof. Oppenheimer, dem von privater, übrigens nicht jüdischer, sondern gut christlicher Seite ein erheblicher Bei-

## Nach Breslau—Chemnitz—Wiesbaden

Berlin. Noch hält die Erregung über den völkischen Ueberfall auf friedliche jüdische Spaziergänger in Breslau an, als schon wieder eine Untat ähnlicher Art aus Chemnitz gemeldet wird. Das Polizeipräsidium in Chemnitz gibt darüber folgenden Bericht aus:

Am vergangenen Sonntag durchzog eine Abteilung der hiesigen Ortsgruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei in Stärke von 40 Mann unter Absingung eines Spottliedes auf die Juden die Theaterstraße in Richtung Schauspielhaus. In der Nähe der äußeren Klosterstraße schlugen mehrere Zugteilnehmer auf einen jüdischen Geschäftsinhaber, der vor seinem Grundstück auf dem Fußweg stand, ein und brachten ihm eine blutende Verletzung auf dem Kopfe bei. Ein sich in der Nähe befindlicher Polizeibeamter schritt sofort ein. Während dieser Beamte sich mit dem Führer des Zuges befaßte, der mit seiner Abteilung weitermarschieren wollte, schlugen einige Zugteilnehmer, ohne daß es der Beamte verhindern konnte, erneut auf den Verletzten ein. Mit Hilfe eines inzwischen eingetroffenen Polizeiüberfallkommandos wurde hierauf die gesamte Abteilung der Nationalsozialisten nach der Polizeihauptwache gebracht. Nach Feststellung des Sachverhalts gelangten die Sistierten wieder zur Entlassung bis auf vier Mann, die vermutlich als Täter in Frage kommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt wurden.

Die genauere Aufklärung des Anlasses zur Schlägerei muß noch erfolgen. Der Geschlagene soll nach Aussage der Zugteilnehmer diese beim Vorbeimarsch durch beleidigende Zurufe und Gebärden herausgefordert haben. Der Verletzte bestreitet das. Seine Aussage wird von einer freiwillig mit auf der Wache erschienenen Zeugin gestützt. (Ein ähnlicher Bericht ist uns auch von der Zeugin Nora Lebenshub, Kasernenstr. 8, direkt zugegangen. Die Red.)

In der „C.-V.-Zeitung“ heißt es noch:

Der so schwer Geschlagene, ein allgemein geachteter Geschäftsmann und langjähriges Mitglied unseres Vereins, von dem zwei Brüder an der Front gefallen sind, bestreitet entschieden, auch nur im geringsten den völkischen Trupp herausgefordert zu haben. Er hätte sogar versucht, dem Zuge auszuweichen. Die blutige Wunde am Kopfe, die 5 Zentimeter lang und 2 Zentimeter tief ist, wurde dadurch verursacht, daß ein Tambour der National-

sozialisten ihm mit dem unteren, metallbeschlagenen Teil seines Trommelschlägers wuchtig auf den Kopf schlug. Die Wunde mußte von dem Polizeiarzt auf der Hauptwache verbunden werden. Das Lied, welches von den Nationalsozialisten gesungen wurde, lautete: „Schmelzt sie raus aus unserm Vaterlande, schlägt sie tot, die ganze Judenbande; pfui, Judenrepublik!“

### Schwerer Zusammenstoß zwischen Hakenkreuzlern und jüdischen Frontsoldaten in Wiesbaden

Berlin. Nach einem Telegramm aus Wiesbaden kam es dort am 12. Januar abends bei dem ersten Auftreten der Nationalsozialisten im besetzten Wiesbaden anläßlich einer Wahlversammlung für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den aus Frankfurt eingetroffenen Hakenkreuzlern und einer Abordnung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Die Abordnung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten erschien in dem Saale nach vorheriger Vereinbarung mit dem Vorsitzenden; die jüdischen Teilnehmer sollten sich an der Diskussion beteiligen. Beim Eintritt kam es plötzlich zu einem Streit, der sofort in eine Schlägerei mit Stöcken und Stühlen ausartete. Die jüdischen Teilnehmer erwehrten sich der Angriffe. Man zählt auf beiden Seiten etwa 15 mehr oder weniger erheblich Verletzte. Englische und deutsche Polizei war anwesend. Es gelang endlich, die Kämpfenden voneinander zu trennen. Nach Schluß der Versammlung wurden die Teilnehmer auf Waffen hin untersucht; es wurden bei den Hakenkreuzlern Gummischläuche und Stöcke sowie eine Reitpeitsche festgestellt. Nachdem die Hunderte, die sich auf der Straße angesammelt hatten, zerstreut waren, verließen die Hakenkreuzler auf Lastautos, mit denen sie von Frankfurt gekommen waren, die Stadt. Vom Reichsbund, der behauptet, die Polizei hätte energischer zugreifen müssen, ist eine Eingabe hierüber dem Regierungspräsidenten überreicht worden. Die Polizei behauptet demgegenüber, der Streit sei so plötzlich ausgebrochen und habe so rasch um sich gegriffen, daß nicht seine Verhütung, sondern nur seine Einschränkung und seine rasche Beilegung möglich gewesen wäre. Die Nationalsozialistische Partei beteiligt sich zum erstenmal mit eigener Liste an den Stadtverordnetenwahlen.

trag für die Durchführung und Erprobung seiner Siedlungsmethode zur Verfügung gestellt war, seine Unterstützung als Landwirtschaftsminister zu. Der Minister ging dabei von der Erwägung aus, daß es Aufgabe der landwirtschaftlichen Verwaltung sei, alle Erfolg versprechenden Methoden zur Förderung der Siedlungstätigkeit zu unterstützen. Zu diesem Zwecke hat er Herrn Prof. Oppenheimer gegen angemessenes Entgelt eine Domäne zur Verfügung gestellt, und er kann heute mit Befriedigung feststellen, daß der Versuch durchaus gelungen ist. Zu bedauern ist nur, daß die hinreichenden Mittel fehlen, um weitere Versuche nach der Erfolg versprechenden Methode Oppenheimers durchzuführen. Ministerpräsident Braun ist nach wie vor bemüht, Herrn Dr. Oppenheimer in seinen Bestrebungen auf dem Gebiete der Siedlung nach Kräften zu unterstützen.

Das ist der Sachverhalt, von dem der Ministerpräsident wohl in einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses gesprochen hat. Daraus wird nun in der antisemitischen Hetzschrift die Behauptung hergeleitet, der Ministerpräsident habe „bei den Juden 4 Millionen Mark zur sozialdemokratischen Landagitation aufgetrieben“!

Im übrigen ist mitzuteilen, daß der Ministerpräsident gegen den Verfasser und die Verbreiter der genannten Broschüre, die inzwischen auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist, sowie wegen eines die gleichen Behauptungen wiederholenden Flugblattes „Die Errungenschaften der Revolution“ (Verlag der Deutschen Erneuerungsgemeinde, Leipzig), endlich gegen die agrarische Wochenschrift „Reichslandbund“ Strafantrag gestellt hat.

### Ein Aufruf zur Feier des 100. Geburtstages von Wilhelm Herzberg — Eine Ehrengabe für die Witwe

Berlin. Ein Komitee jüdischer Persönlichkeiten wendet sich aus Anlaß des bevorstehenden 100. Geburtstages des Dichters Wilhelm Herzberg mit dem folgenden Aufruf an die jüdische Öffentlichkeit:

Am 30. Januar 1927 werden 100 Jahre verflossen sein, seitdem Dr. Wilhelm Herzberg, der Verfasser der „Jüdischen Familienpapiere“, das Licht der Welt erblickte. Freunde und Verehrer des Dichters haben sich zusammengefunden, um diesen Tag

würdig zu begehen. Die würdigste Ehrung des von seiner schweren Wanderschaft schon lange im Grabe ruhenden Dichters wäre es, eine Neuauflage der „Jüdischen Familienpapiere“ zu veranstalten, zu deren Herold sich ein David Kaufmann gemacht hat, und die einer ganzen Generation Stab und Stütze im Kampfe für das Judentum gewesen sind. — Es gilt jedoch heute eine noch nähere, intimere Pflicht zu erfüllen. In Brüssel lebt, der pietätvollen Erinnerung an ihren Gatten hingegeben, die hochbetagte Witwe des verstorbenen Dichters in finanziellen Schwierigkeiten, die durch die Entwertung des belgischen Franken noch gesteigert sind. Die jüdische Gemeinschaft wird den Geburtstag Dr. Wilhelm Herzbergs nicht vorübergehen lassen können, ohne der Frau zu gedenken, die Prof. Dr. David Kaufmann als das Muster einer jüdischen Frau und Mutter verherrlicht hat.

Eine Schicksals- und Kulturgemeinschaft ehrt sich selbst, wenn sie ihre Großen ehrt.

Das unterzeichnete Komitee wendet sich an die jüdische Öffentlichkeit mit der Bitte, sich an einer Ehrengabe für die Witwe Dr. Wilhelm Herzbergs zu beteiligen. Geldsammlungen nimmt entgegen: Bankhaus Gebr. Ginsberg, Berlin W. 8, Jägerstr. 13.

Den Aufruf unterzeichneten: Oberrabbiner Prof. Dr. Chajes-Wien; Hofrat Prof. Dr. Adolf Schwarz-Wien; Grand-Rabin de France Prof. Dr. Israel Levi-Paris; Prof. Dr. Simonsen-Kopenhagen; Oberrabbiner Dr. I. Carlebach-Altona; Prof. Dr. Freimann; Rabbiner Dr. J. Horowitz; Dr. Ernst Simon-Frankfurt a. M.; Frau Geheimrat Barth; Frau Rabbiner Dr. Eschelbacher; Prof. Dr. I. Elbogen; Dr. Meier Hildesheimer; Dr. Adolf Jacobus; Geheimrat Prof. Dr. Rosin; Rabbiner Dr. Weiß; Ministerialrat Dr. Hans Goslar-Berlin.

## W. Kretschmar

Inhaber: Rob. Hahne

### praktischer Hemdenschneider

Tadellos sitzende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem. Kravatten-Neuheiten

Jetzt 75 Jahre am Markt in Leipzig

